

Lauenburgischer Kirchenkreis setzt Eckpunkte für Fusion mit Lübeck



Einstimmig beschlossen die etwa 60 Mitglieder der Synode des Lauenburgischen Kirchenkreises ein Eckpunktepapier, das als Grundlage für die im Jahr 2009 geplante Fusion mit dem Kirchenkreis Lübeck dienen soll. Zuvor gab es aber heftige Diskussionen.

Fotos: MATTHIAS WIEMER

Nach teils kontroversen Debatten hat sich gestern die Synode des Lauenburgischen Kirchenkreises mit einem einstimmig beschlossenen Eckpunktepapier zur Fusion mit dem Lübecker Kirchenkreis bekannt.

VON MATTHIAS WIEMER

RATZBURG – Wie schwer den lauenburgischen Pastoren und Kirchenvorständen die Zwangsfusion mit dem Kirchenkreis Lübeck im Magen liegt, wurde bei der gestern zunächst nur als Halbtagsynode in Ratzburg anberaumten Synode deutlich. Zentraler Punkt war die Diskussion und Verabschiedung eines zwölfseitigen Eckpunktepapiers, in dem der Lauenburgische Kirchenkreis seine Positionen für die Erarbeitung einer so genannten Überleitungsvereinbarung definiert hat. Dazu gab es einige Änderungs- und Zusatzanträge aus der Feder von Wolfgang Hünneke aus Mölln und Carl-Heinz Schulz aus Breitenfelde. Hauptstreitpunkte waren dabei Kosten und organisatorische Grundsatzentscheidungen eines Zusammengehens mit Lübeck. Wo soll die Verwaltung sitzen, an einem Standort oder an zweien; wie kann die Kostenneutralität sicher gestellt werden, wie werden

die Dienste und Werke künftig organisiert? Bis in Detailfragen hinein wurden zahlreiche Aspekte teils sehr kontrovers diskutiert. Am Ende zeigte sich die Synode aber doch geschlossen: Das Zusatzantragspaket wurde zwar mehrheitlich abgelehnt, das Eckpunktepapier für die nach wie vor unwillkommene Fusion mit Lübeck aber einstimmig beschlossen.

Aber nicht nur um dieses Positionspapier, das Fragen von der Selbstdefinition über Sitz und Name, Finanzen, Organisation, Verwaltung bis hin zur optischen Darstellung des künftigen gemeinsamen Kirchenkreises auf dem Wappen behandelte, wurde gestritten. Gleich zu Beginn der Synode entbrannte eine heftige Debatte um die Frage, ob sich der Lauenburgische Kirchenkreis zu diesem fortgeschrittenen Zeitpunkt der Fusion noch eine rechtliche Möglichkeit offen halten sollte, gegebenenfalls grundsätzlich gegen die Fusion noch klagen zu können. Nicht

wenige Synodale sahen darin einen gewissen Widerspruch, einerseits sich mit einem Eckpunktepapier bereits weit mit den konkreten Fragestellungen der Fusion zu befassen, andererseits mit einer Klageoption das Ganze doch noch torpedieren zu wollen. Die einzelnen Wortbeiträge waren vielfach geprägt von einem spürbaren Unbehagen der meisten Synodalen. Von einer „Regulierungswut“ der Nordelbischen Kirche war mehrmals die Rede. Bedenken über die tatsächliche Sinnhaftigkeit einer Zusammenlegung wurden immer wieder geäußert. So gab es schließlich auch eine deutliche Mehrheit für den Antrag, über einen Gutachter eine Klageoption prüfen zu lassen. Insofern bleibt der Lauenburgische Kirchenkreis auf einer zweigleisigen Route.

Propst Peter Godzik, der als Gast zur Synode den Lübecker Amtskollegen Ralf Meister begrüßte, zeigte sich nach der mit rund vier Stunden Verzögerung beendeten Synode erleichtert: „Das war heute ein klares Ja zu einer Zusammenarbeit mit Lübeck, aber auch eine deutliche Entscheidung für die Möglichkeit, dem Fusionszwang im Grundsatz entgegen treten zu wollen, sollte sich dazu eine rechtliche Möglichkeit ergeben“, betonte der Chef des Lauenburgischen Kirchenkreises.



Propst Peter Godzik plädierte gestern gegen die Änderungsanträge für das Eckpunktepapier.



Die stellvertretende Präpstin Saimone Fabricius hielt nichts von einer Klageoption gegen die Fusion.



Sie scheiterten mit ihren Zusatzanträgen zum Eckpunktepapier: Wolfgang Hünneke...



... und Carl-Heinz Schulz fanden für ihre Positionen bei der gestrigen Synode keine Mehrheit.



Hannely Schubert aus Düneberg: „Wenn kein Geld, kein Personal gespart wird – wozu die Fusion?“



Leitete trotz etwas missglückten Zeitmanagements souverän die Synode: Dr. Henning von Wedel.

Es seien nun „eindrucksvolle Eckdaten mit dem Positionspapier auf den Weg gebracht worden und das sei wichtig. Godzik: „Wir haben immer gesagt, wenn

wir fusionieren müssen, dann wollen wir es auch aktiv unter intensiver Mitgestaltung und unter den bestmöglichen Bedingungen tun.“